

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeindevorstand zu Sohna

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 4.20 M., monatlich 1.40 M., durch die Post vierteljährlich 4.20 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Abrechnungsböden nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ vom gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 40 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 50 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingeladene die Zeile 100 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilkha, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 70

Bad Schandau, Mittwoch, den 24. März 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Das Mitspricherecht des Reichswehrministers Koste ist vom Reichspräsidenten genehmigt worden. Seine Vertretung hat General v. Seeckt übernommen.
- * Gegen die Anhänger Kapps ist ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden. Zahlreiche hohe Beamte wurden suspendiert.
- * Auch gegen General Ludendorff ist ein Verfahren wegen Begünstigung Kapps eingeleitet worden.
- * Für Mittwoch, den 24. März, ist die Nationalversammlung nach Berlin einberufen.
- * Im Ruhrrevier hat sich eine große Rote Armee gebildet, die gegen Weisel vorrückt.
- * Bei den Kämpfen in Gotha verloren die Aufständischen über 1000 Mann.

Aufruf!

Der dumme und verbrecherische Reaktionsversuch der Kapp und Lüttwitz ist endgültig niedergeschlagen. Nach den Lehren, die den Reaktionen während der letzten Woche erteilt worden sind, besteht keine Gefahr, daß ein ähnlicher Versuch wiederholt wird.

Um die durch die Revolution errungenen demokratischen Freiheiten zu verteidigen, sind an vielen Orten Waffen an die Einwohnerschaft verteilt worden. Da der Zweck der Waffenverteilung erreicht ist, sind die Waffen und Munition nunmehr an die Gemeindebehörden oder die Amtshauptmannschaften abzuliefern. Diese Behörden werden hierdurch angewiesen, Waffen und Munition in Empfang zu nehmen und vorläufig sicher zu verwahren. Der Waffenschutz der Rechte des Volkes muß wieder in geordneter Weise geschehen. Die Regierung wird sich dafür einsetzen, daß die militärischen Formationen des Reiches von verräterischen Elementen gesäubert werden und in ihnen, wie es in Sachsen geschieht, lediglich solche Männer Dienst tun, die treu und zuverlässig ihr Leben für die Verfassung und die Freiheiten des Volkes einsetzen.

Es geht nicht an, daß Waffen in den Händen unkontrollierbarer Personen verbleiben. Die Erfahrung der letzten Woche hat leider gezeigt, daß solche Personen ihren Führern nicht Folge leisten und bereit sind, teils aus Mißverständnissen, teils um unklare politische Ziele zu verwirklichen, die Volksfreiheiten anzutasten und das geordnete Wirtschaftsleben zu stören. Hungersnot und vollkommener wirtschaftlicher Zusammenbruch müßten die Folge sein.

Waffen und Munition müssen daher an den Sammelstellen wieder abgegeben werden.

Dresden, den 23. März 1920.

Im Auftrage der Sächsischen Regierung
Seldt, Arbeitsminister.

Nach der Sintflut.

Vor den Toren des März, den drei mittelmäßigen Tagen des Frühlingmonats, haben schon die alten Römer einen heiligen Respekt gehabt. Julius Cäsar, ihr größter Feldherr, ist, auf dem Höhepunkt seiner Macht, eindringlich genug vor ihnen gewarnt worden; aber eher ging er, furchtlos und treu, wie er sich fühlte, in den sicheren Tod, ehe er auf den pflichtmäßigen Gang in den Senat — und auf seinen Glauben an die Menschheit verzichtete. Er fiel unter Mordhand, und die Republik, die Republik war wieder einmal gerettet.

In den stürmischen Märztagen dieses Jahres haben wir allerdings etwas mehr erlebt als die Befreiung eines vermeintlichen, nach der Krone strebenden Tyrannen. Die Kapp und Lüttwitz wollten der Mißwirtschaft des neuen Systems, wie sie es deuten, ans Leben und entrollten die Folgen des Aufstiegs. Sie sahen keine andere Möglichkeit mehr, das deutsche Land vor dem Untergang zu bewahren, sie sahen, wie die Nationalversammlung sich von ihrem Mandat nicht mehr trennen wollte, wie Vorbereitungen getroffen wurden, das Volk um sein höchstes verfassungs-

mäßiges Recht, den Reichspräsidenten in unmittelbarer Wahl zu bestimmen, zu verkürzen, wie wir dem Ausland gegenüber immer tiefer in Rechts- und in Würdelosigkeit in Schande und in Schmach hineingerieten. Das alles sahen sie und ihr Patriotismus bäumte sich dagegen auf. Was sie aber nicht sahen, das war die Tatsache, daß hinter allen diesen Zuständen und Absichten der Wille des deutschen Volkes stand, daß dieser Wille zwar korrigiert und eingebettet werden konnte, daß dieser Versuch aber nur mit Mitleid unternommen werden durfte, die dem Willen des deutschen Volkes entsprachen. Es war froh, aus der Unmöglichkeit der revolutionären Zeiten wieder zu einigermaßen verfassungsmäßigen Verhältnissen gelangt zu sein; es war durchaus nicht entzückt von allem, was unter den Augen seiner Volksregierung, was unter Duldung oder tätiger Mitwirkung der Nationalversammlung geschehen war: es war, in sehr beachtenswerten Schichten wenigstens, durchaus davon überzeugt, daß wir lieber heute als morgen aus der elenden Schieber- und Bucheratomosphäre wieder herauskommen müßten, in die wir geraten waren. Aber diese Befreiung durfte uns nur auf dem einzigen Wege, den die Verfassung zuläßt, gebracht werden: durch Neuwahlen zur Nationalversammlung. Hatten Kapp und Lüttwitz kein Vertrauen zu dieser Methode? Oder hatten sie keine Geduld, so lange zu warten? Sollte es ihnen an Warnungen wohlmeinender Freunde gänzlich gefehlt haben? Jedenfalls, sie räumten am 13. März in ihr Verderben, in ihr und in unser Verderben.

Es war ein unblutiger Staatsstreich; das wenigstens soll und kann man ihnen zugute halten. Kein Schuß war gefallen, als wir plötzlich einen neuen Kanzler, einen neuen Reichswehrminister hatten, als plötzlich wieder die alten stolzen Reichsfahnen von den öffentlichen Gebäuden herabgehoben wurden. Aber als nun auch eine neue Regierung gebildet werden sollte, ohne die ja schließlich ein Volk wie das deutsche nicht für Tage zu leben vermag, als man wieder auf den Boden der Verfassung zurückkehren wollte, den man nur für eine ganz kurze Frühlingssnacht verlassen hatte, da zeigte sich sofort, daß hier ein ganz unmögliches Experiment begonnen worden war. Man hatte nur die Uebereinstimmung eines oder einiger weniger Truppenführer, aber sonst stand hinter dem kühnen Handstreich auch nicht die Spur einer irgendwie gearteten militärischen Macht. Ein paar unbefangene Männer fanden sich allenfalls in der Reichskanzlei zusammen, wohl mehr ihrem dunklen Drange zu helfen folgend als in dem Wahne, daß hier wirklich ein besseres Deutschland aufgerichtet werden könnte. Aber niemand, der einen Namen zu verlieren hatte, wollte mit Herrn Kapp und seinem verbrecherischen Unternehmen etwas zu tun haben. Schon aus diesem Grunde mußte es scheitern — wenn aus keinem anderen.

Der Generalfreik, zu dem Arbeiter, Angestellte und Beamte sich allenthalben in noch nie erlebter Einmütigkeit erhoben, kam hinzu. Auch er erschien über Nacht, ohne umständliche Agitation. Er war da, riesengroß und unüberwindlich — das sah jeder, der sehen konnte. Auch in der Reichskanzlei war wenigstens so viel Mächtigkeit, noch zu finden, daß man ohne langes Sperren die Notwendigkeit erkannte, die Segel zu streichen. Knapp fünf Tage hatte der verfrühte Aprilscherz gedauert. Unblutig, wie er begonnen, hätte er beendet werden können, — wenn nicht draußen im Lande die Wut über den Berliner Militärangriff jede Besinnung hinweggefegt hätte. Der Aufruhr erhob sein Haupt — wo zuerst: in Nord oder West, in Süd oder Ost? Wer kann das heute noch feststellen? Er schritt von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, führte zu blutigen, selbst in den schlimmsten Spartakuszeiten unerbürten Kämpfen, nach Hunderten, insgesamt wohl nach Tausenden sind die Opfer zu zählen, die wir zu beklagen haben, unermesslich der Schaden, den wir auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens wieder einmal zu buchen haben. Der Kampf, einmal begonnen, setzte sich ganz naturlicher Weise auch gegen die alte Regierung fort, die immerhin von jeder Mitschuld an dieser furchtbaren Katastrophe doch wohl nicht freizusprechen sein wird — bis er durch eine regelrechte Kapitulation des neuen, nun auch schon wieder veralteten Systems zum Stehen gebracht wurde. Darüber wird noch vielerlei zu sagen sein. Für heute muß die Feststellung genügen: in Deutschland soll fortan das eigentliche Regiment führen der neue Dreihund der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ohne ihn keine Staatsregierung, ohne ihn keine Gesetzgebung. Vielleicht werden wir uns dabei ungeheuer wohl fühlen, vielleicht auch nicht. Die Probe muß gemacht werden.

Aus der ungeheuren Sintflut, die wieder einmal über uns hinweggebraust ist, hebt sich langsam ein schmales, ein ganz schmales Felsenriff empor, an das wir uns festklammern müssen. Niemand kann wissen, ob es halten wird. Aber es bleibt uns keine Wahl.

Noch immer Gefahr!

Aber die Gesamtlage im Reich wurde am Dienstag mittag berichtet, daß sie ein wenig entspannt, aber trotzdem — namentlich bezüglich Rheinland-Westfalens — nach wie vor ernst ist. In Mecklenburg und Pommern ist ebenfalls eine Entspannung zu verzeichnen, aber auf dem Lande treiben bewaffnete Banden ihr Unwesen, plündern und rauben, wobei auch in einzelnen Fällen Gutsbesitzer getötet wurden.

Ein reines Arbeiterkabinett?

Die Unabhängigen haben den Mehrheitssozialisten vorgeschlagen, ein reines Arbeiterministerium zu bilden und erklärten sich bereit, Arbeitervertreter auch aus den demokratischen und christlichen Arbeiterverbänden zu beteiligen. In mehrheitssozialistischen Kreisen wird gegen diesen Vorschlag geltend gemacht, daß seine Durchführung Schwierigkeiten mit der Entente zur Folge haben könnte, die sich weigern würde, Lebensmittel zu liefern und Kredite zu gewähren.

Großkampf im Ruhrrevier.

Bildung einer Roten Armee.

Die Lage im Ruhrrevier hat sich keineswegs gebessert, ist vielmehr direkt als verzweifelt zu bezeichnen.

Im Ruhrrevier haben die ausländischen Arbeiter eine große Rote Armee gebildet. Die Reichswehr mußte zurückgezogen werden und wurde in Weisel konzentriert, die Festung Weisel wird von der Roten Armee besetzt. Aus Bayern und Württemberg rücken starke Mengen Reichswehrtruppen zur Unterstützung der Regierung gegen das Ruhrrevier heran. Der Machtbereich der Roten Armee erstreckt sich von Dorsten bis Hamm und an die Ruhr.

Die „Rote Armee“ gibt bereits einen Frontbericht heraus, in dem es heißt: „Der linke Flügel der Roten Armee erstreckt sich von Dinslaken über Holt nach Dorsten. Auf diesem Teile der Front fanden scharfe Kämpfe statt. Walsum und Dorsten sind genommen. Bei Dorsten wurden 900 Gefangene gemacht. Der allgemeine Vormarsch geht auf die Richtung von Weisel. In der Nähe von Haltern wurde ein von Münster in das Industriegebiet entwandter Panzerzug zum Stehen gebracht, in dem die Bahnstrecke vor und hinter dem Zuge gesprengt wurde. Auf dem Frontabschnitt zwischen Dorsten über Heddinghausen bis Dortmund ist es ruhig. Die allgemeine militärische Lage steht für die revolutionären Truppen günstig. Aus den Kämpfen mit dem Freikorps Schülz sind bisher als Beute eingebracht worden: 5 Geschütze, 8 Maschinengewehre, 3000 Gewehre, 25 000 Schuß Munition, 200 Pferde und viel Bagage. Das Einbringen der Beute dauert an.“

Spernung der Lebensmittelzufuhr.

Für die Regierung weisen die Minister Braun und Lüttwitz im Ruhrrevier, um zwischen den Kämpfenden zu vermitteln, als Zwangsmassregel gegen die Aufrührer hat die Reichsregierung verfügt, daß jegliche Versorgung des Ruhrreviers mit Lebensmitteln sofort eingestellt wird. Auch dürfen aus Holland keine Lebensmittel mehr in das Revier gebracht werden, da Holland jegliche Rationierung rundweg ablehnt. — In Duisburg haben die Belgier ihre Truppen einen Kilometer weit auf das rechte Rheinufer vorgeschoben.

Verfolgung der Kapp-Anhänger.

Die preussische Staatsregierung erklärt, daß gegen alle, die sich der Mitwirkung an dem Verbrechen von Kapp und Lüttwitz schuldig gemacht haben, ohne Ansehen der Person mit der äußersten Schärfe vorgegangen wird. Die Mächtigen werden strebend verfolgt, die Gerichte sind mit den erforderlichen Anweisungen versehen. Alle Beamten, die sich dem Kappischen Unternehmen unter Verletzung ihres der Republik geleisteten Eides zur Verfügung gestellt haben, werden, soweit diese nicht bereits erfolgt ist, aus ihren Ämtern entfernt.

Vom Amt suspendiert unter gleichzeitiger Eröffnung eines Disziplinarverfahrens wurden Doye, Vortragender Rat im preussischen Ministerium des Innern, Winnig, Oberpräsident Königsberg, v. Hassel, Oberpräsidentrat, Königsberg, v. Braun, Regierungspräsident, Gumbinnen, Zwicker, Landrat, Magrib, Pauli, Regierungspräsident, Schleswig. Gegen den Landeshauptmann v. Bräunel in Königsberg wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Oberst v. Schönstedt ist vom Kommando der Sicherheitspolizei Berlin abberufen worden. Sämtliche Oberpräsidenten sind aufgefordert worden, über das Verhalten der Beamten